

Persönliche Erklärung im Landtag von Boris Palmer zur Diätenerhöhung (16. Juli 2003)

Der Vorsitzende der Jungen Union in Baden-Württemberg hat die Erhöhung der Diäten als „geschmacklos“ bezeichnet. Solchen populistischen Affekten müssen wir entschieden entgegentreten. Die Diäten der Abgeordneten in diesem Haus sind nicht zu hoch. Die soeben beschlossene Erhöhung fällt mit effektiv 1,0% bescheiden aus. Ich danke ausdrücklich dem Vorsitzenden meiner Fraktion, der zu diesem Ergebnis durch den Vorschlag einer Nullrunde beigetragen hat. Dass eine Diätenerhöhung keinen Beifall beim Wahlvolk findet, sagt mehr über das zerrüttete Verhältnis von Volk und Volksvertretern aus als über die Höhe der Diäten. Politiker sollen durch gute Arbeit nach Popularität streben, nicht durch Einkommensverzicht.

Ich habe dennoch gegen die soeben beschlossene Gesetzesänderung gestimmt. Warum? Weil es die Begründung für Einsparungen im Personalhaushalt des Landes untergräbt und die Legitimität unseres politischen Handelns in Frage stellt. Die desaströse Haushaltslage zwingt dieses Jahr zu bislang ungekannten Einschnitten bei den Bediensteten des Landes. Urlaubsgeld: gestrichen. Weihnachtsgeld: gekürzt. Wochenarbeitszeit: erhöht.

Ministerpräsident Teufel hat den rund 250.000 Landesbediensteten am 11. April brieflich erklärt, warum diese Kürzungen notwendig sind: „Aus meiner Sicht wäre es gerecht gewesen, wenn im öffentlichen Dienst Arbeiter, Angestellte und Beamte durch eine Nullrunde bei der Vergütung für das Jahr 2003 solidarisch die notwendigen Einschnitte mitgetragen hätten. Hierzu wird es leider nicht kommen, weil die Gewerkschaft ver.di gegen jede Vernunft und ohne Rücksicht auf die Leistungskraft der Länder einen überhöhten Tarifabschluss erzwungen hat.“

Nicht alle Sparmaßnahmen der Regierung halte ich für richtig, aber die Generallinie stimmt: Wer sein Einkommen aus dem Landesetat bezieht, muss begrenzten Verzicht leisten, damit künftigen Generationen ein Minimum an politischer Entscheidungsfreiheit bleibt. Meine Damen und Herren, diese bittere Wahrheit können wir nur glaubhaft verbreiten, wenn wir sie auch für uns selbst gelten lassen. 50€ mehr im Monat sind den großen Verlust an Akzeptanz für Sparmaßnahmen bei den Bediensteten des Landes nicht wert. Der politische Preis ist zu hoch, deshalb konnte ich heute nicht zustimmen.